

sind nach wie vor als *Neue Rote Brigaden* (*Nuove BR*) aktiv. Davon legen nicht zuletzt die Morde an den Regierungsberatern *Massimo D'Antona* 1999 und *Marco Biagi* 2002 trauriges Zeugnis ab. Immer wieder werden einzelne Zellen ausgehoben und dabei Informationen über mögliche Anschläge sowie konkrete Planungen gefunden.⁴²

5 Ergebnis

Der Fall Italiens zeigt insbesondere auf der rechten Seite des politischen Spektrums die Schwierigkeit, zwischen extremistischen, populistischen und im Mainstream verorteten Parteien trennscharf zu unterscheiden.⁴³ Am rechten Rand der italienischen Parteienlandschaft kann jenseits der AN berechtigt von Extremismus gesprochen werden, auch wenn die dort positionierten Parteien keine aktiv kämpferische Haltung zur Beseitigung des Systems an den Tag legen und die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie akzeptieren. Die mehr oder weniger offen gezeigten Einstellungen verraten allerdings Sympathie für den Faschismus, autoritäres Staatsverständnis, rassistische Vorurteile und Ressentiments gegenüber Minderheiten. Jedoch zeigt die Vielfalt der Parteienlandschaft, wie unklar die Qualifikation „rechts von der AN“ sein kann. Bei den elektoral erfolgreicheren Antipoden am linken Rand ist das Etikett des Extremismus nur mit starken Einschränkungen zu verwenden. Es ist allenfalls von einem „weichen Extremismus“ zu sprechen, wie er der deutschen Partei *Die Linke* attestiert wurde.⁴⁴ Der Begriff des Linkspopulismus scheint trotz der kommunistischen Altlasten besser geeignet zu sein.

Eine direkte Gefährdung der Demokratie durch extremistische Kräfte existiert nicht. Vielmehr haben sich einst fragwürdige Parteien dem demokratischen System zugewandt. Die Bedrohungen liegen eher bei einem grassierenden Vertrauensverlust in die politischen Eliten und Parteien, aber auch generell in Staat und Politik. Die Verschärfung der Problemlagen, etwa auf den Feldern Wirtschaft, soziale Sicherung und innere Sicherheit, verbindet sich mit dem Eindruck einer handlungsunfähigen Politik, von der keine Lösungen zu erwarten sind. So erklären sich auch Protestphänomene wie Massendemonstrationen, die sich von keiner Partei nutzen lassen, wie z. B. die sogenannte *Girotondi*-Bewegung oder die populären Aktionen des Komikers *Beppe Grillo*. Es steht zu befürchten, dass mit dem wachsenden Wunsch nach Handlungsfähigkeit die Verankerung und Akzeptanz demokratischer Prinzipien wie Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit weiter erodiert. Allerdings ist hierfür (noch) kein Nutznießer in Sicht.

Extremismus in Lettland

Niels Dehmel/Axel Reetz

1 Rahmenbedingungen

Nach der internationalen Anerkennung der lettischen Unabhängigkeit und der damit verbundenen wiedererlangten staatlichen Eigenständigkeit am 21. August 1991 war die verfassungsrechtliche Situation in der parlamentarischen baltischen Republik bis 1993 unübersichtlich. Das politische System Lettlands musste in der Übergangszeit ohne gültige Verfassung (*Satversme*) auskommen. Zwar setzte der Oberste Rat die alte Verfassung vom 22. Februar 1922 bereits am 4. Mai 1990 wieder in Kraft und verabschiedete ergänzend am 10. Dezember 1991 das „Verfassungsgesetz“, welches die Verfassung um ihren fehlenden Grundrechtskatalog erweiterte, die Bestimmungen der *Satversme* blieben jedoch im Wesentlichen bis zur ersten Zusammenkunft eines legitimen Parlaments suspendiert.¹ Erst auf der Sitzung des neuen lettischen Parlaments (*Saeima*) am 6. Juli 1993 erfolgte die vollständige Inkraftsetzung der Verfassung des Jahres 1922. Ein Grundrechtskatalog – angelehnt an das „Verfassungsgesetz“ von 1991 – wurde am 8. Oktober 1998 ergänzt. Der umfangreiche Grundrechtsteil im Abschnitt VIII der Verfassung gründet auf den Negativerfahrungen der totalitären Vergangenheit Lettlands als Teil der Sowjetunion.² Neben der Garantie von Meinungs-, Gewissens- und Religionsfreiheit in Artikel 99 legt Artikel 95 den Schutz der Menschenwürde fest. Zudem sieht Artikel 91 die Gleichheit vor dem Gesetz sowie eine Diskriminierungsverbot vor: „Die Menschenrechte werden ohne Diskriminierung jeder Art verwirklicht.“³ Allerdings gelten gemäß Artikel 116 einige Grundrechte nur unter Vorbehalt. Einen unabänderlichen Verfassungskern gibt es nicht. Zur Verfassungsänderung bedarf es einer Stimmenmehrheit von zwei Dritteln der Abgeordneten der *Saeima* als auch einer Volksabstimmung, bei der mindestens die Hälfte aller Wahlberechtigten zustimmen muss. Vorschläge einer Verfassungsänderung benötigen die Unterstützung von mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten, bevor über diese abgestimmt wird.⁴

Politische Parteien besitzen in Lettland keinen verfassungsrechtlichen Rang. Das aktuelle Parteiengesetz wurde am 22. Juni 2006 verabschiedet. Es definiert in § 2 Parteien als politische Organisationen, die an Wahlen auf verschiedenen Ebenen teilnehmen und nach § 12 Absatz 2 zur Registrierung mindestens 200 Mitglieder vorweisen müssen. Dabei begünstigt die geringe Mitgliederzahl das instabile und unstrukturierte Vielparteiensystem, welches Lettland seit seiner Unabhängigkeit aufweist. Parteien können nach § 22 Absatz 4 aufgrund

42 Vgl. Luigi Manconi: *Terroristi italiani. Le Brigate Rosse e la guerra totale*, Mailand 2007.

43 Vgl. Piero Ignazi: *Extreme Right Parties* (FN 15), S. 4–19 und S. 219–256.

44 Vgl. Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang: *Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei*, München 2008.

1 Vgl. Thomas Schmidt: *Das politische System Lettlands*, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*, 2. Auflage, Opladen 2004, S. 111–151, hier S. 112 f.

2 Vgl. ebd., S. 115.

3 Vgl. Verfassung der Republik Lettland, abrufbar unter: <http://www.likumi.lv/doc.php?id=57980> [Stand: 30. Mai 2009].

4 Vgl. ebd.

eines Gerichtsbeschlusses aufgelöst werden. Dieser ergeht nach § 39 für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten, wenn nach schriftlicher Aufforderung die Gesetzesverstöße nicht unterbunden werden oder innerhalb eines Kalenderjahres kein Parteitag mit der Mindestmitgliedszahl zusammengetreten ist. Nach §§ 38, 41 und 45 kann eine Partei aufgelöst werden, wenn das Antikorruptionsbüro, die Finanzbehörden, das Parteienregister oder andere staatliche Institutionen einen Verstoß gegen geltende Gesetze durch die Partei feststellen. Zudem sind Parteien nach § 6 Absatz 4 untersagt, die sich in ihrer Organisation, ihrem Namen oder ihren Symbolen und Abkürzungen gegen die Unabhängigkeit und Souveränität Lettlands richten. Gleiches gilt für politische Vereinigungen die zur Gewalt aufrufen und Gesetzesverletzungen begrüßen.⁵ § 26 Absatz 3 schreibt außerdem vor, mindestens die Hälfte der Parteimitglieder müsse die lettische Staatsbürgerschaft besitzen. Diese Regelung schwächt insbesondere Parteien am linken Rand, die von der russischsprachigen Minderheit getragen werden.

Die 100 Mandate des lettischen Parlaments Saeima werden nach dem Verhältniswahlrecht vergeben. Der Wähler erhält im Wahllokal sämtliche kandidierenden Listen und wählt die von ihm bevorzugte Partei aus, auf deren Liste er Änderungen vornehmen kann. Der Wähler seinerseits kann seine Stimme landesweit in einem beliebigen Wahllokal abgeben. Die Teilnahme wird durch einen Stempel im Pass bestätigt. Landesweit gilt eine Fünf-Prozent-Hürde.⁶

Die schwachen Parteibindungen der Wähler, eine hohe Wählerfluktuation und eine zunehmende Personalisierung und Elitenorientierung in der Politik sind auf die Besonderheiten der politischen Kultur Lettlands zurückzuführen. Zwei Erfahrungen der lettischen Nationalgeschichte stehen hierbei im direkten Gegensatz zueinander und wirken bis heute auf die politische Landschaft: einerseits die autokratische Herrschaft unter *Kārlis Ulmanis* in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre, welche der Bevölkerung als prosperierende Epoche in Erinnerung geblieben ist und nicht zuletzt durch die Wiedereinsetzung der alten Verfassung Ausdruck fand; andererseits die jüngere Vergangenheit der sowjetischen Okkupation. Unmittelbare Folgen dieses Spannungsverhältnisses sind die bis heute vorherrschende Minderheitenproblematik und eine latente Unzufriedenheit vieler Letten mit demokratischer Politik.⁷

Lettland war bereits zur Zeit des russischen Zarenreiches im Baltikum geostrategisch am wichtigsten. In der sowjetischen Epoche verhielt es sich ähnlich. In Riga war das Hauptquartier der Armee, der Badeort Jūrmala – einstiger Rigaer Hausstrand – wurde Urlaubsort für hochrangige Parteimitglieder und Altersruhesitz vieler sowjetischer Militärs. Im Vergleich zu den baltischen Nachbarn war die politische Einflussnahme in Lettland deutlich stärker. So besetzte die *Kommunistische Partei* (KP) ihre Schlüsselpositionen überwiegend mit zugewanderten Personen. In der Folge wurden in der kleinen baltischen Republik zahlreiche Menschen aus anderen Sowjetrepubliken angesiedelt, was die Bevölkerungszusammensetzung grundlegend veränderte. Zwar war Lettland schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts ein multikulturelles Land, doch während der Sowjetzeit gelang es den Kommunisten beinahe, die

5 Vgl. Gesetz über die politischen Parteien, abrufbar unter: <http://www.likumi.lv/doc.php?id=139367> [Stand: 30. Mai 2009].

6 Vgl. Verfassung der Republik Lettland (FN 3).

7 Hierzu stellvertretend: Axel Reetz/Veiko Spoltis: Die Sehnsucht des Volkes nach einer unschuldigen Politik, in: Aktuelle Probleme postsozialistischer Länder. Das Beispiel Lettland, Wittenbach 2007, S. 134–146, auch abrufbar unter: <http://www.infobalt.de/reetz/Lettland-Buch.pdf> [Stand: 30. Mai 2009].

Letten in der eigenen Republik zur Minderheit zu machen.⁸ Dieser Wandel in der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung stellt den lettischen Staat bis heute vor ein „schwerwiegendes Integrationsproblem“, zumal sich die Anteile der ethnischen Minderheiten nicht grundlegend veränderten. Zugleich wirkt sich die unterschiedliche ethnische Zusammensetzung der Wahlbevölkerung in den einzelnen Landesteilen auf die Parteienpräferenz aus. Schneiden in den östlichen russischdominierten Regionen linke Gruppierungen besonders gut ab, sind im Westen rechte, lettisch-nationalistische Parteien erfolgreicher.⁹

Eng mit dieser Minderheitenproblematik hängt die unterschiedliche Rechtsstellung von Staatsbürgern und Nichtstaatsbürgern in der Verfassungspraxis zusammen. 1991 erhielten nur Bürger der lettischen Republik und deren Nachkommen die lettische Staatsbürgerschaft; alle anderen sahen sich einem Einbürgerungsverfahren ausgesetzt. Das 1994 verabschiedete Staatsbürgerschaftsgesetz formulierte erstmals die Voraussetzungen für den Erhalt der lettischen Staatsbürgerschaft, zu denen unter anderem ein Sprachtest, ein Loyalitätseid gegenüber Lettland und die Aufgabe anderer Staatsbürgerschaften zählen. Ohne ein entsprechendes Sprachzeugnis ist es gesetzlich untersagt, in bestimmten Berufen tätig zu sein.¹⁰ Praktisch findet diese Regelung selten Anwendung. Erst 2002 wurde auf internationalen Druck hin eine Klausel im lettischen Wahlgesetz gestrichen, nach der Kandidaten zum Parlament Sprachkenntnisse der höchsten Stufe nachweisen mussten. Im Gegenzug wurde Artikel 18 der Verfassung um ein Bekenntnis zu Lettland erweitert, welches von jedem Parlamentsmitglied zu leisten ist: „Ich schwöre (verspreche feierlich) mit der Übernahme der Pflichten als Mitglied der Saeima vor dem lettischen Volk, Lettland treu zu sein, seine Souveränität und die lettische Sprache als einzige Amtssprache zu stärken, Lettland als unabhängigen und demokratischen Staat zu verteidigen und meine Pflichten ehrenvoll und gewissenhaft zu erfüllen.“¹¹ Laut *Thomas Schmidt* sichert die Staatsbürgerschafts- und Sprachgesetzgebung den ethnischen Letten somit die „Vormachtstellung im Land“ und definiert das lettische Volk als „grundlegende Staatsnation“.¹²

Abseits der Minderheitenproblematik sind die oftmals beschriebenen Aspekte der politischen Kultur des Postsozialismus in Lettland ausgeprägter als in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken. Die „gelernte Passivität im öffentlichen Leben“¹³ erklärt die lettische Soziologin

8 1935 betrug der Anteil der russischen Bevölkerung in Lettland 8,8 Prozent (bei 77,0 Prozent Letten). 1989 hatte sich der lettische Bevölkerungsanteil auf 52,0 Prozent verringert, der russische auf 34,0 Prozent erhöht. Die Bevölkerungszusammensetzung 2006 wies mit 59,8 Prozent Letten und 28,3 Prozent Russen ähnliche Verhältnisse auf. Vgl. *Thomas Schmidt* (FN 1), S. 111–151, hier S. 112; *Centrālā statistikas pārvalde: Demogrāfiskās statistikas galvenie rādītāji 2006.g.*, abrufbar unter: http://www.csb.lv/images/modules/items/item_file_4351_demografijaa42006.pdf [Stand: 30. Mai 2009].

9 Vgl. *Thomas Schmidt* (FN 1), S. 134.

10 Vgl. ebd., S. 117.

11 Vgl. Verfassung der Republik Lettland (FN 3), Art. 18.

12 Vgl. *Thomas Schmidt* (FN 1), S. 134.

13 Jakob Juchler: Schwierige Demokratisierungsprozesse. Zur politischen Entwicklung in den Reformländern Osteuropas, in: *Osteuropa* 44(1994)2, S. 125–141, hier S. 125; ders.: Osteuropa im Umbruch: politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989–1993 – Gesamtüberblick und Fallstudien, Zürich 1994, S. 123. *Tabuns* und *Tabuna* schreiben: „There is no doubt that the Soviet regime fundamentally denied individual autonomy, reducing opportunities for personal choice and self-expression.“ Vgl. *Aivars Tabuns/Ausma Tabuna: Estranged Europeans – sociological investigation of Latvian society*, in: *Humanities and Social Sciences* 22(1999)1, S. 28.

Aivita Putniņa als eine zu sowjetischen Zeiten erlernte Form des Protests.¹⁴ In der Zeit hoher politischer Aktivität der Bevölkerung während der Liberalisierung unter *Gorbatschow* erlebten die Menschen ein großes Maß an Einigkeit. Diese Geschlossenheit ließ sich nicht aufrechterhalten und wurde begleitet durch ein falsches Verständnis von Demokratie in Ermangelung langjähriger Erfahrungen. Nach der Unabhängigkeit stellte sich angesichts der wirtschaftlichen Probleme und der sozialen Härten schnell Unzufriedenheit mit der Leistungsfähigkeit demokratischer Politik ein. Dies führte zu einem generell negativen Politikverständnis.¹⁵ Signifikant für diese Entwicklung war der Rückgang der Wahlbeteiligung nach den ersten post-sowjetischen Wahlen 1993.¹⁶ „Die erworbene Abneigung gegen die vorangegangene autoritäre Form der Politik mischt sich in bedenklicher Weise mit Frustration gegenüber den Resultaten einer Demokratisierung, die fast ausschließlich durch die Parteiliten getragen wird“¹⁷, so der Befund *Dieter Segerts*. Diese Frustration ist in Lettland nicht immer ungerechtfertigt. Besonders mit Blick auf die innenpolitischen Querelen seit Ende 2006¹⁸ kann von „good governance“ keine Rede sein. Wiewohl im Herbst 2007 erstmals seit der „Regenschirmrevolution“¹⁹ 1989/90 tausende Letten an Demonstrationen teilnahmen, ist angesichts der Erfolglosigkeit des Massenprotestes wieder Lethargie eingekehrt. Politikverdrossenheit ist zwar auch in Westeuropa kein fremdes Phänomen, aber in Lettland mittlerweile so stark ausgeprägt, dass 2008 ein wichtiges Referendum zur Verfassung wegen geringer Beteiligung scheiterte, welches dem Wähler – ebenfalls per Referendum – künftig das verfassungsmäßige Recht zugestehen sollte, die Auflösung des Parlamentes zu beantragen.²⁰

2 Wahlentwicklung

Die Wahl zum lettischen Parlament 2006 stellte ein Novum in der Geschichte des Landes nach der wiedergewonnenen Unabhängigkeit dar: Erstmals wurde eine Regierung im Amt bestätigt.²¹ Bis dahin prägten unterschiedlich zusammengesetzte Mehrparteienkoalitionen,

14 Vgl. Aivita Putniņa: Strādāsim vai noalgosim Antipu? Interview mit www.politika.lv vom 11. September 2001, abrufbar unter: <http://www.politika.lv/index.php?id=7814> [Stand: 30. Mai 2009].

15 Vgl. hierzu stellvertretend: Axel Reetz/Veiko Spolitis (FN 7), S. 134–146.

16 Wahlbeteiligung bei den lettischen Parlamentswahlen: 1993 89,0 Prozent, 1995 71,9 Prozent, 1998 71,9 Prozent, 2002 71,2 Prozent, 2006 62,3 Prozent.

17 Dieter Segert: Die Entwicklung der Parteienlandschaft im ostmitteleuropäischen Transformationsprozess, in: Hans Süssmuth (Hrsg.): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas 1989–1995, Baden-Baden 1998, S. 90–111, hier S. 108.

18 Dazu zählt u. a. Ereignissen der Versuch, eine verfassungsrechtlich fragliche Änderung im Gesetz über die nationale Sicherheit gleichsam per Dekret durchzusetzen und die anschließende Wahl des Arztes Valdis Zatlers, der Schwarzgelder von Patienten angenommen hatte, zum Präsidenten. Vgl. Axel Reetz: Gratis-Zirkus in Lettland. Ivars Godmanis neuer Ministerpräsident, in: Baltische Briefe Nr. 1/2008, S. 4–6, abrufbar unter: <http://axelreetz.blogspot.com/2007/12/gratis-zirkus-in-lettland-neufassung.html> [Stand: 30. Mai 2009].

19 Der Wunsch der Regierung, den Chef der Antikorruptionsbehörde, *Aleksejs Loskutovs*, abzusetzen, brachte das Fass zum Überlaufen. Dennoch wurde er im folgenden Jahr aus dem Amt entfernt.

20 Im Gegensatz zu gewöhnlichen Referenden, zu deren Gültigkeit das Quorum von wenigstens der Hälfte der teilnehmenden Wähler der vorherigen Parlamentswahl benötigt wird, war für eine Verfassungsänderung die Hälfte der Wahlberechtigten erforderlich.

21 Vgl. Andreas von Below: Lettland hat gewählt – Partei von Ministerpräsident Kalvītis ist Wahlsieger, in: KAS-Länderbericht vom 12. Oktober 2006, abrufbar unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_9344-544-1-30.pdf [Stand: 30. Mai 2009].

meist der national-konservativen Parteien, die Regierungsbildung in der baltischen Republik. Mit der Regierungsbeteiligung war oftmals eine Mäßigung der extremistischen Gruppierungen verbunden, welche einerseits zu Stimmenverlusten führte, andererseits die Aufspaltung der extremistischen Parteien förderte.

Bei den ersten demokratischen Wahlen 1993 zogen zwei nationalistische Parteien in das lettische Parlament ein – *Lettlands Nationale Unabhängigkeitspartei* (*Latvijas Nacionālās Neatkarības Kustība* – LNNK) und die Partei *Für Vaterland und Freiheit* (*Tevzemei un Brīvībai*²² – TB) (Tabelle 1). Beide haben ihre Wurzeln in der nationalradikalen Strömung der lettischen Unabhängigkeitsbewegung vor 1991, welche eine vollständige Wiederherstellung der lettischen Souveränität gefordert und sich gegen den Verbleib sowjetischer Zuwanderer in Lettland ausgesprochen hatte.²³ Traten sie nach der ersten Parlamentswahl bereits als einflussreiche Oppositionsparteien in Erscheinung, veränderte sich ihr Status nach den Wahlen zur sechsten Saeima 1995. Die TB konnte ihr Ergebnis mehr als verdoppeln und wurde mit 14 Parlamentssitzen Mitglied der neuen Regierungskoalition. Die LNNK verlor hingegen die Hälfte ihrer Sitze. 1997 vereinigte sie sich mit der TB zur Partei *Für Vaterland und Freiheit/Lettlands Nationale Unabhängigkeitsbewegung* (*Tevzemei un Brīvībai/Latvijas Nacionālās Neatkarības Kustība* – TB/LNNK), die fortan das rechtsnationale Spektrum dominierte und von Juli 1997 bis November 1998 den lettischen Ministerpräsidenten (*Guntars Krasts*) stellte. Allerdings führte die Regierungsbeteiligung bis zum Jahr 2004 zu einer „Entradikalisierung und Hinwendung zur politischen Mitte“²⁴, welche sich 2002 in erheblichen Stimmenverlusten niederschlug. Die TB/LNNK fiel hinter das Wahlergebnis der TB von 1993 zurück. Erst ohne die „Vorbeltung“ einer Regierungsbeteiligung konnte die Partei 2006 wieder Stimmengewinne verbuchen und sich somit im Parteienspektrum etablieren.

Demgegenüber stand Mitte der 1990er Jahre der Erfolg der wichtigsten rechtsextremistischen Partei Lettlands. Als Abspaltung der LNNK gründete der Deutsche *Joachim Siegerist* 1995 die *Volksbewegung für Lettland* (*Tautas Kustība Latvijai* – TKL) – auch *Siegerist-Partei* (*Zigerista Partija*) –, die mit 14,9 Prozent zweitstärkste Kraft im lettischen Parlament wurde. Ihr erfolgloser Versuch einer Regierungsbeteiligung, für die *Siegerist* eine Koalition mit den Kommunisten anstrebte, führte innerhalb eines Monats nach den Wahlen zum Zerfall der Partei. 1998 erhielt sie nur noch 1,7 Prozent der Stimmen und verschwand in der Bedeutungslosigkeit.²⁵

Diese Kurzlebigkeit gilt für alle anderen rechtsextremen Gruppierungen, die bei den bisherigen Parlamentswahlen deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten. Vereinigungen wie *Unser Land* (*Mūsu Zeme*), die seit 1995 mit der *Antikommunistischen Vereinigung* (*Pretkomunistu apvienība*) kandidierte, *Māras Land* (*Māras Zeme*) und die Nachfolgeorganisation der Gruppe *Helsinki 86*, *Union der Nationalen Kräfte* (*Nacionālā Spēka Savienība* – NSS), blieben bislang ebenso ohne Parlamentssitz wie die *Partei der Letten* (*Latviešu Partija*) und die Partei *Alles für Lettland!* (*Visu Latvijai!*).

22 Diese Worte stehen auf dem während der Herrschaft von *Kārlis Ulmanis* errichteten Freiheitsdenkmal.

23 Vgl. Thomas Schmidt (FN 1), S. 138.

24 Ebd.

25 Vgl. Nils Muiznieks: Latvia, in: Cas Mudde (Hrsg.): Racist Extremism in Central and Eastern Europe, London u. a. 2005, S. 101–128, hier S. 103 f.

Tabelle 1 Ergebnisse der extremistischen Parteien bei den lettischen Parlamentswahlen 1993–2006 (in Prozent)

Partei	1993	1995	1998	2002	2006
Alles für Lettland!	---	---	---	---	1,5
Helsinki 86	---	---	0,2	---	0,1 ¹
L	5,8	---	---	---	---
LSP	---	5,6 ²	---	---	---
Māras Land	---	---	0,2	0,2	0,5
Partei der Letten	---	---	---	---	0,4
PCTVL	---	---	14,1 ³	19,0 ⁴	6,0 ⁵
TKL	---	14,9	1,7	---	---
Unser Land/	0,8	0,5 ⁶	---	0,1 ⁶	0,2 ⁶
Antikommunistische Vereinigung	0,5				

Quelle: Zentrale Wahlkommission, abrufbar unter: <http://web.cvk.lv/pub/public/28757.html>
[Stand: 1. Dezember 2009].

¹ Als NSS.

² Gemeinsame Kandidatur von L und LSP auf der Liste der LSP.

³ Auf der Liste der TSP.

⁴ Als Wahlbündnis von L, LSP und TSP.

⁵ Ab Juni 2003 kandidierten nur noch die Abgeordneten der L unter dem Namen PCVTL.

⁶ Als Vereinigung *Unser Land*.

Im linken politischen Spektrum spiegelt sich die vorherrschende Minderheitenproblematik in Lettland wider. Die aus der KP hervorgegangene Gruppierung *Lettlands Demokratische Partei der Arbeit* (*Latvijas Demokrātiskā Darba Partija* – LDDP) verpasste 1993 deutlich den Einzug in das Parlament, 1995 knapp und vereinigte sich anschließend mit der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands* (*Latvijas Sociāldemokrātiskā Strādnieku Partija* – LSDSP), die unter der Führung des ehemaligen KGB-Offiziers *Juris Bojārs* versuchte, prorussisch-nationalistische Ansichten in die gemäßigte Partei zu integrieren.²⁶ Dabei scheiterte er ebenso wie die linkspopulistische, gleichwohl nicht linksextreme *Demokratische Partei Saimnieks* (*Demokrātiskā Partija Saimnieks* – DPS), die noch 1995 als stärkste Kraft aus den Wahlen hervorgegangen war. Erfolgreicher waren sozialistisch orientierte, linksextreme Parteien, welche die russische Minderheit repräsentieren. Von 1998 bis Ende 2002 agierte das Wahlbündnis *Für Menschenrechte in einem vereinten Lettland* (*Par Cilvēka Tiesībām Vienotā Latvijā* – PCTVL) als Zusammenschluss der gemäßigten *Partei der Volksharmonie* (*Tautas Saskaņas Partija* – TSP), der extremistischen *Sozialistischen Partei Lettlands* (*Latvijas Sociālistiskā Partija* – LSP) und der Gruppe *Gleichberechtigung* (*Līdztiesība* – L). Die aus

26 Vgl. Ivo Pospíšil: *Republika Loysko*, in: Petr Fiala: *Politické strany ve střední a východní Evropě. Ideově-politický profil, pozice a role politických stran v postkomunistických zemích*, Brunn 2002, S. 207–222, hier S. 213.

der *Interfont* entsprungene *Līdztiesība*, der 1993 mit 5,8 Prozent der Einzug in die Saeima gelang, verbündete sich zwei Jahre später mit der LSP, die 1994 als Reaktion auf das Verbot der KP entstand, weshalb ihre Kandidaten überwiegend dem alten Parteiapparat entstammten. Die Partei bestätigte ihren Erfolg. 1998 kandidierten beide Parteien auf der Liste der TSP und 2002 gemeinsam im Bündnis PCTVL. Ihrem beachtlichen Wahlerfolg – mit 19,0 Prozent zweitstärkste Partei bei den Parlamentswahlen 2002 – folgte im Februar 2003 der Austritt der TSP aus dem Bündnis. Kontroversen über die Haltung der Allianz zur Mitgliedschaft Lettlands in der NATO und der EU führten ebenso zum Bruch wie die Forderung der LSP nach einer Wiedereinsetzung der KP.²⁷ Nach dem Austritt der LSP bestand die PCTVL einzig aus den verbliebenen Abgeordneten der *Līdztiesība*. Als neue Allianz sozialistisch, russisch-orientierter Parteien formierte sich unter der Führung der TSP ab 2005 das *Harmoniezentrum* (*Saskaņas Centrs* – SC), dem sich die LSP zusammen mit weiteren Kleinparteien im selben Jahr anschloss.²⁸ Das Bündnis präsentierte sich als gemäßigte Vertretung der russischsprachigen Minderheit und stellte nach den Wahlen 2006 mit 14,4 Prozent die viertgrößte Fraktion im lettischen Parlament. Die linksextreme, radikal prorussische PCTVL musste hingegen hohe Stimmverluste hinnehmen und erhielt „nur“ 6,0 Prozent der Stimmen. Obwohl beiden Parteien eine Regierungsbeteiligung versagt blieb, ist die Spaltung der Parteien ein Indiz für die Verlagerung der Wählerschaft hin zu einer gemäßigteren Alternative.²⁹

3 Extremistische Parteien

3.1 Rechtsextremismus

Die Wurzeln des lettischen Rechtsextremismus liegen in der außerparlamentarischen nationalradikalen Opposition gegen die sowjetische Herrschaft in den späten 1980er Jahren. Das politische Tauwetter nach dem Machtantritt von *Michail Gorbatschow* 1985 führte in Lettland zur Entstehung einer nationalen Bewegung, die sich in extremistische und moderate Kräfte teilte. Beide einte die Forderung nach Wiederherstellung der Unabhängigkeit Lettlands. Befürworteten die moderaten Kräfte, die sich nach estnischem Vorbild 1988 mit reformorientierten Kommunisten in der *Volksfront* (*Latvijas Tautas Fronte*) zusammenschlossen, ein langsames Vorgehen, votierten die radikalen Kräfte für die sofortige nationale Unabhängigkeit.

Zu den konsequenten Verfechtern der nationalen Unabhängigkeit zählten die drei Aktivisten *Linards Grantiņš*, *Raimonds Bitenieks* und *Mārtiņš Bariss*, die bereits 1986 – sich auf die KSZE-Schlussakte berufend – die nationalistische Gruppe *Helsinki 86* gründeten. Im Frühjahr 1987 gedachten sie mit einer Blumenniederlegung am Freiheitsdenkmal³⁰ in Riga der Opfer des kommunistischen Terrors und organisierten im August eine Protestdemonstration im Gedenken an den *Molotow-Ribbentrop* Pakt. Bereits am 10. Juli 1988 gründeten die Ver-

27 Vgl. Thomas Schmidt (FN 1), S. 138.

28 Vgl. Homepage der LSP, abrufbar unter: <http://www.latsocpartija.lv/?sect=18&cid=119&p=> [Stand: 30. Mai 2009].

29 Vgl. Andreas von Below (FN 21).

30 Das auffällige Freiheitsdenkmal neben der Altstadt von Riga war zwar während der Sowjetzeit nicht abgerissen worden, sich ihm zu nähern, war jedoch verboten.

fechter eines radikaleren Vorgehens *Lettlands Nationale Unabhängigkeitsbewegung*. Zu den Initiatoren zählte der in den 1960er Jahren aus Russland zurückgekehrte Nationalkommunist *Eduard Berkļavs* – nun in der Rolle eines Dissidenten.³¹ Rechtsextreme Kräfte organisierten sich außerdem in Bürgerkomitees, die das Ziel verfolgten, die jungen Bürger Lettlands zum Zeitpunkt der Okkupation und deren Nachkommen zu registrieren, um anschließend ein Alternativparlament, den *Bürgerkongress (Pilsonu Kongress)*, wählen zu können. Sowohl die Bürgerkomitees als auch die LNNK betrachteten den *Obersten Sowjet* als illegitim, da alle Einwohner Lettlands, einschließlich der Migranten und Armeeeingehörigen aus der Zeit der sowjetischen Herrschaft, das Wahlrecht besaßen. Beide national-orientierten Kräfte boykottierten die Wahlen zum *Obersten Sowjet* 1990.³² Mit der Missachtung des Boykotts durch die Bevölkerung, die sich größtenteils vor möglichen Reaktionen aus Moskau fürchtete, verlor der *Bürgerkongress* jedoch an Bedeutung.

Aus den Komitees ging 1993 eine der wenigen von unten gegründeten Parteien *Für Vaterland und Freiheit* (TB) hervor, die sich auch nach der Unabhängigkeit in ihren Inhalten am *Bürgerkongress* orientierte. In den 1990er Jahren kämpfte die Partei für die Durchsetzung strenger Sprach- und Staatsbürgerschaftsgesetze und war Initiator zweier Versuche, mit Hilfe von Volksabstimmungen die lettische Gesetzgebung zu verschärfen. 1996 erreichte das Volksbegehren nicht die nötige Unterschriftenzahl; 1998 blockierte sie zunächst erfolgreich die Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes im Parlament, scheiterte jedoch beim folgenden Referendum.³³ Für die LNNK war nach der Unabhängigkeit der Abzug russischer Militärs und offizieller Mitarbeiter der *Kommunistischen Partei* das wichtigste Ziel. Im Zuge des Zusammenschlusses zur TB/LNNK und ihrer Regierungsbeteiligung wandte sich die neue Partei vermehrt wirtschaftlichen Themen zu, orientierte sich in ihren Konzepten an den demokratischen Parteien und verzichtete auf die nationalistischen Inhalte der Anfangsjahre. TB/LNNK bezeichnet sich heute selbst als national und konservativ. Sie befürwortet in ihrem Programm vom 8. Oktober 2004 und in den „Prioritäten“ für die Jahre 2008 bis 2010 eine restriktivere Minderheitenpolitik.³⁴ Die Partei fordert die Rücknahme zahlreicher Integrationsmaßnahmen gegenüber der russischsprachigen Minderheit, setzt sich für eine stärkere Betonung der lettischen Sprache und Kultur innerhalb des Landes ein sowie für die strikte Überwachung und Einhaltung der Verfahren zur Erlangung der Staatsbürgerschaft. Sie verteidigt die Hürden für Sprachprüfungen und initiiert Gesetze, um den Gebrauch der russischen Sprache einzuschränken.³⁵ Ziel der Partei ist eine lettische Sprachnation. Das Mo-

31 Vgl. Latvijas Valsts Arhīvs/Latvijas Nacionāli Konservatīvā Partija – LNNK (Hrsg.): Tauta Zeme Valsts, Latvijas Nacionālā Neatkarības Kustība dokumentos, Riga 1995, S. 5, 8.

32 Vgl. Ļubova Zile: Sabiedrības spēku polarizācija, in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds, Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986–1993, Riga 1998, S. 181–183.

33 45 Prozent sprachen sich für eine Aufhebung der Änderung, 53 Prozent für eine Beibehaltung aus. Vgl. Neil Munro/Richard Rose: Elections and parties in new European democracies, Washington, D.C. 2003, S. 196.

34 Vgl. Apvienības TB/LNNK prioritātes turpmākajam triju gadu periodam (2008–2010). I Pamatprincipi, abrufbar unter: <http://www.tb.lv/page.php?pgID=051e4e127b92f5d98d3c79b195f2b291&lang=est> [Stand: 10. Juni 2009]; Wahlprogramm der TB/LNNK zur 9. Saeima, abrufbar unter: <http://www.tb.lv/page.php?pgID=1d7f7abc18fcb43975065399b0d1e48e&lang=est> [Stand: 18. Juni 2009].

35 Vgl. Verbot der russischen Sprache im lettischen Parlament initiiert, in: RIA Novosti vom 19. September 2006, abrufbar unter: <http://de.rian.ru/postsowjetischen/20060919/54055624.html> [Stand: 18. Juni 2009]; Lettisches Parlament gegen Verbot des Fremdsprachegebrauchs in seinen Sitzungen, in: RIA Novosti vom

dell einer Staatsnation, welches dem multiethnischen Charakter der lettischen Bevölkerung entsprechen würde, lehnt sie ab.³⁶ Im Oktober 2007 brachte die TB/LNNK einen Gesetzesvorschlag im lettischen Parlament ein, der den Veteranen der Waffen-SS-Legion staatliche Vergünstigungen einräumen sollte.³⁷ Die Partei fordert die Anerkennung und Verurteilung der sowjetischen Okkupation. Ferner setzt sie sich für die Entwicklung der EU als losen Zusammenschluss von Nationalstaaten ein.³⁸

Eine der bekanntesten Personen des lettischen Rechtsextremismus ist der Deutsche *Joachim Siegerist*. Der frühere Vorsitzende der *Deutschen Konservativen* hatte 1992 als Sohn eines lettischen Vaters die Staatsangehörigkeit erhalten. Im Wahlkampf 1993 finanzierte er die aggressive Wahlkampagne der LNNK gegen die Nachfolgeorganisationen der *Kommunistischen Partei* mit teilweise ganzseitigen Zeitungsanzeigen. Er wandte sich lautstark gegen Korruption und zog für die LNNK in das lettische Parlament ein. Als gewählter Abgeordneter verpasste *Siegerist* die meisten Parlamentssitzungen und verbrachte den Großteil seiner Zeit in Deutschland. Viele Sympathisanten der Unabhängigkeitsbewegung fühlten sich durch diesen Politikstil eher abgestoßen.³⁹ 1993 erfolgte sein Ausschluss aus der Partei wegen „wiederholten parteischädigenden Verhaltens“.⁴⁰

Siegerist zog sich nicht aus der Politik zurück, sondern gründete die rechtsextreme *Volksbewegung für Lettland* bzw. *Siegerist Partei* (TKL), die nach den Wahlen 1995 in einem stark fragmentierten Parlament entgegen aller vorherigen Umfragen mit 14,9 Prozent zweitstärkste Kraft wurde.⁴¹ *Siegerists* Popularität gründete insbesondere auf populistischen Äußerungen, in denen er für die Wahrung von Recht und Ordnung eintrat. Im Wahlkampf sprach er zumeist Deutsch und propagierte weiterhin Antikommunismus, indem er vor einer Überfremdung durch die russischsprachige Minderheit warnte.⁴² In einer Pressemitteilung

21. September 2006, abrufbar unter: <http://de.rian.ru/postsowjetischen/20060921/54128067.html> [Stand: 18. Juni 2009].

36 Vgl. Sabine Riedel: Nationalismus im EU-Parlament. Parteien, Standpunkte und Gegenstrategien vor den Europawahlen 2009, in: SWP-Studie Nr. 37/2008, Berlin 2008, S. 24, abrufbar unter: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5623 [Stand: 18. Juni 2009].

37 Dem Gesetzentwurf zufolge sollten Soldaten der lettischen Legion nationalen Partisanen gleichgestellt werden, die in den Jahren von 1945 bis 1953 in Lettland gegen die Sowjetmacht gekämpft hatten. Letzte haben eine Vielzahl von Privilegien, sie beziehen unter anderem einen speziellen Zuschuss vom lettischen Verteidigungsministerium. Der Vorschlag wurde am 4. Oktober 2007 vom lettischen Parlament abgelehnt. Vgl. Lettland: Parlament stimmt gegen Privilegien für SS-Veteranen, in: RIA Novosti vom 4. Oktober 2007, abrufbar unter: <http://de.rian.ru/postsowjetischen/20071004/82447190.html> [Stand: 18. Juni 2009]; Anton Maergerle: Rechts am Rand in Osteuropa. Ein Überblick über osteuropäische Rechtsaußenparteien vom 3. Juni 2009, hier unter: http://www.bpb.de/themen/94RSX4.0/Rechts_am_Rand_in_Osteuropa.html [Stand: 18. Juni 2009].

38 Vgl. Apvienības TB/LNNK prioritātes turpmākajam triju gadu periodam (FN 35).

39 Vgl. Einars Semanis: The transition of the political regime in Latvia, Preelection situation in 1993, Riga 1993, S. 9; Valdis Blūzma: Sabiedriskā politiskās domas un partiju sistēmas attīstība, in: Latvijas Universitātes žurnāla „Latvijas Vēsture“ fonds, Latvijas Zinātņu akadēmijas Baltijas stratēģisko pētījumu centrs (Hrsg.): Latvijas valsts atjaunošana 1986–1993, Riga 1998, S. 367.

40 Vgl. Deutscher Bundestag: Drucksache 14/5635, S. 11, abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/056/1405635.pdf> [Stand: 6. Juni 2009].

41 Zepa erklärt dies mit der Schweigespirale *Noelle-Neumanns*. Vgl. Ilze Ostrovska: 6. Saeimas vēlēšanās: izvēle un rezultāti, in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls Nr. 7/1996, S. 45; Brigita Zepa: Vēlētāju uzvedība un pašvaldību vēlēšanās 1990–1995, in: Socioloģijas un politoloģijas žurnāls Nr. 7/1996, S. 11–18, hier S. 16.

42 Vgl. Lettland ohne Regierungsfähige Mehrheit, in: Welt-Online vom 4. Oktober 1995, abrufbar unter: http://www.welt.de/print-welt/article662630/Lettland_ohne_regierungsfahige_Mehrheit.html [Stand: 3. Mai 2009].

im November 1994 formulierte *Siegerist* fünf Punkte der neuen Partei, die im Vorfeld der Parlamentswahlen in ein Programm gewandelt wurden.⁴³ Entgegen den rechtsextremen Ansichten ihres Vorsitzenden blieb das Wahlprogramm der TKL vage. Wurzel allen Übels sei die 50 Jahre währende kommunistische Diktatur. Neben der demografischen Struktur habe sie alle Elemente einer gesunden Gesellschaft zerstört, den wirtschaftlichen Zusammenbruch Lettlands verursacht und zu Korruption und Kriminalität geführt. Darüber hinaus formulierte die Partei sieben Ziele. Die Systemfrage stellte sie jedoch nicht (mehr). Neben populistischen Forderungen nach „Wohlstand für Alle“ und einer „Schaffung von Arbeitsplätzen mit zufriedenstellenden Löhnen“ strebte die TKL eine selbstbewusstere Nation sowie eine stärkere Betonung der lettischen Identität und Sprache an. Ebenso forderte sie eine kleine, gut ausgebildete und starke lettische Armee zum Schutz des Landes. Konkrete Maßnahmen und Schritte zur Umsetzung der Ziele nannte die TKL in ihrem Programm nicht.⁴⁴

Aufgrund der Person *Siegerists* und seiner extremistischen Äußerungen im Wahlkampf verweigerten die lettisch nationalen Parteien die Bildung einer Koalitionsregierung mit der TKL. In der Opposition präsentierte sich die Partei zunehmend profillos und zersplittert. Nach den Parlamentswahlen 1998, bei denen sie mit einem nahezu unveränderten Programm antrat, verschwand sie von der politischen Bühne. *Siegerist* legte nach der verheerenden Niederlage noch am Wahlabend seine Parteiämter nieder und zog sich aus der lettischen Politik zurück. Über Artikel und Anzeigen in großen lettischen Zeitungen nimmt der Deutsche jedoch weiterhin Einfluss auf die Politik.⁴⁵ Laut Informationen des Deutschen Bundestages sammelte *Siegerist* Spenden für die Errichtung einer Soldatenkappelle und eines Museums zu Ehren der SS-Legionäre auf einem von ihm zur Verfügung gestellten Grundstück. Seit Ende der 1990er Jahre hält sich *Siegerist* kaum noch in Lettland auf und ist politisch nahezu bedeutungslos.⁴⁶

In ihrer Programmatik und Ideologie weisen die nationalistischen Parteien Lettlands zahlreiche Gemeinsamkeiten auf. Sie eint die Ablehnung der Zeit unter sowjetischer Okkupation, die Glorifizierung der Jahre der ersten lettischen Unabhängigkeit und die Verklärung der nationalsozialistischen Herrschaft als Widerstand gegen den Kommunismus – Mitglieder der lettischen Waffen-SS werden bis heute mit einem jährlichen Gedenkmarsch geehrt.⁴⁷ Ein wesentlicher Teil ihrer Programmatik forciert die Ausgrenzung der russischsprachigen Minderheit und fordert eine verschärfte Staatsbürgerschafts- und Sprachgesetzgebung. Ebenso signifikant ist eine programmatische Mäßigung der Parteien im Zuge der parlamentarischen Etablierung. Zahlreiche Akteure verließen die Szene, demokratisierten sich innerhalb des parlamentarischen Systems und distanzierten sich von ihren nationalistischen Positionen der

Anfangsjahre. Die TB/LNNK präsentiert sich als gemäßigt, trägt Regierungsverantwortung und engagiert sich in Europa. Die TKL ist nicht mehr existent.

Kleine Parteien mit einer rechtsextremen Ideologie wie *Unser Land*, *Māras Land* und die *Partei der Letten* sind marginal und ohne Aussicht auf parlamentarische Repräsentation. Keine der Gruppierungen verfügt über 100 registrierte Mitglieder.⁴⁸ Sie verharren in ihren Forderungen aus den frühen 1990er Jahren.⁴⁹ Neben traditionellen Elementen wie der Ablehnung des Wahlrechts für Nichtletten sowie der Forderung nach Repatriierung und Kompensationszahlungen präsentieren sie sich teils antisemitisch, homophob und euroskeptisch. Ebenso betrachten sie die steigende Zahl an nichteuropäischen Immigranten als Bedrohung der lettischen Nation und des Kulturgutes.

3.2 Linksextremismus

Der lettische Linksextremismus weist bis heute wenig Beständigkeit auf. Absplitterungen und Parteiaustritte sind ebenso gegenwärtig wie Neugründungen und wechselnde Parteienbündnisse. Die Wurzeln der linksextremen Parteien liegen in der *Kommunistischen Partei Lettlands* (LKP) und ihren Nachfolgeorganisationen, die zumeist von ethnischen Russen geführt wurden. Ihr Ziel war es, die Auflösung der Sowjetunion und die Unabhängigkeit Lettlands zu verhindern. Daneben gab es ein eher lettisch geprägtes reformkommunistisches Lager, welches sich an der *Volksfront* beteiligte. Bereits im Januar 1989 gründete der ehemalige Vorsitzende der KP *Alfrēd Rubiks* die prosowjetische *Internationale Front der Werktätigen Lettlands* (*Latvijas Darbā Laužu Internacionālā Fronte*) – kurz *Interfront* –, die vorwiegend russischsprachige Mitglieder der KP vereinte. Als Gegenkraft zur *Volksfront* wandte sie sich gegen die nationale Unabhängigkeit Lettlands. Dem Verbot der *Interfront* folgte die Neugründung zahlreicher Parteien als Nachfolgeorganisationen der LKP. Sie vertraten (und vertreten) prorussische und sowjetnostalgische Ansichten. Zentrale Bezugspunkte ihrer Politik waren die Rechte der russisch-nationalen Minderheit in Lettland.

1993 trat die aus der *Interfront* hervorgegangene Partei *Gleichberechtigung* erfolgreich bei den Parlamentswahlen an. In ihrer Programmatik wandte sie sich gegen die Idee eines lettischen Nationalstaates, unterstützte die russische Minderheit und forderte das Staatsbürgerrecht für alle Einwohner. Russisch sollte als zweite Amtssprache anerkannt werden. Ideologisch setzte die Partei auf sozialistische Forderungen.⁵⁰ 1995 trat sie auf der Liste der als Reaktion auf das Verbot der LKP 1994 gegründeten *Sozialistischen Partei Lettlands* an, die sich ebenfalls als Vertretung der russischen Immigranten verstand. Das Bündnis forderte die Aufhebung der gesetzlichen Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen. Unter ihrem damals inhaftierten Vorsitzenden *Alfrēds Rubiks* vertrat die Parteiallianz eine

43 Vgl. Joahims Zigerists: Joahims Zigerists – beidzot lielā diena ir klāt! vom 1. November 1994, abrufbar unter: <http://www.politika.lv/index.php?id=101385&lang=lv> [Stand: 18. Juni 2009].

44 Vgl. Wahlprogramm der TKL zur 6. Saeima, abrufbar unter: <http://web.cvk.lv/pub/public/27765.html> [Stand: 1. Juli 2009].

45 Er kritisierte u. a. den EU-Beitritt des Landes und verglich ihn mit der Okkupation durch die Sowjetunion. Vgl. Nils Muiznieks (FN 25), S. 104.

46 Vgl. Deutscher Bundestag (FN 40), S. 3.

47 Die Saeima lehnte im Oktober 2008 den Antrag aus der Fraktion *Für Vaterland und Freiheit* ab, den Legionären denselben Status zuzusprechen, wie den Mitgliedern des nationalen Widerstandes gegen die Sowjetokkupation. Der Antrag wurde von der *Neuen Zeit* (*Jaunais Laiks* – JL) und ihrer Abspaltung, unter Führung der ehemaligen Außenministerin und vorübergehenden EU-Kommissarin *Sandra Kalniete*, *Bürgerliche Union* (*Pilsoniskā Savienība*) unterstützt, die beide nicht extremistisch sind. Vgl. Saeima atkārtoti noraida TB/LNNK ierosinājumu piešķirt pabalstu legionāriem vom 25. September 2008.

48 Vgl. Nils Muiznieks (FN 25), S. 102.

49 Vgl. Wahlprogramme der Parteien zur 9. Saeima, abrufbar unter: <http://www.politika.lv/index.php?id=11012> [Stand: 6. Juni 2008].

50 Vgl. Wahlprogramm der L zur 5. Saeima, abrufbar unter: <http://web.cvk.lv/pub/public/27483.html> [Stand: 1. Juli 2009].

euroskeptische Position und war gegen einen NATO-Beitritt Lettlands. Eine Verbesserung des Wahlergebnisses von 1993 gelang nicht.⁵¹

In der Opposition näherten sich die linksextremen Gruppen bis 1998 der gemäßigten linken Partei der Volksharmonie (TSP) an. Die TSP trat für eine erleichterte Staatsbürgerschafts- und Sprachgesetzgebung ein, teilte jedoch nicht die sozialistischen und radikalen Ansichten der extremistischen Parteien. Als Fraktionsgemeinschaft *Für Menschenrechte in einem vereinten Lettland* (PCTVL) nahm das Bündnis erfolgreich an den Parlamentswahlen 1998 und 2002 teil.⁵² In der Programmatik der Allianz vermengten sich mehr oder weniger stark kommunistisch-linksextremistische mit russisch-nationalistischen Standpunkten. Die Vereinigung verstand sich als alleinige Vertretung der Rechte und Interessen der russischsprachigen Minderheit und befürwortete enge Beziehungen zwischen Russland und Lettland. In Lettland geborenen Ausländern sollte das Recht auf die Staatsbürgerschaft bedingungslos eingeräumt werden. Zugleich forderte das Wahlbündnis die Anerkennung von Russisch als zweiter Amtssprache in Städten mit über 20 Prozent russischsprachigem Bevölkerungsanteil.⁵³

Die PCTVL löste sich 2003 teilweise auf und besteht heute einzig aus den Abgeordneten der Partei *Gleichberechtigung*. Ideologisch distanzierte sich die Partei von den gemäßigten Ansichten der Bündnisjahre. Sie fordert eine vollständige Normalisierung der Beziehungen zu Russland und Weißrussland sowie eine stärkere Fokussierung der lettischen Wirtschaft auf diese Länder. Vehement spricht sie sich gegen die NATO-Mitgliedschaft aus. Unter dem Motto „Ein Gesetz, ein Recht für alle!“ tritt die Partei für die offizielle Anerkennung der russischen Sprache als zweite Amtssprache ein und befürwortet ein Stimmrecht für die russische Minderheit bei Kommunalwahlen.⁵⁴ Sie pflegt enge Kontakte zu russischen Parteien. Die PCTVL ist heute die einzige linksextremistische Vertretung der russischsprachigen Minderheit in der Saeima.

Eine Sonderstellung nahm die aus dem kommunistischen Kadermillieu hervorgegangene *Demokratische Zentrumspartei* ein. Sie vereinigte sich 1994 mit der Organisation *Hausherr* (*Saimnieks*) des vormaligen Volksfront-Innenministers Ziedonis Čevērs⁵⁵ zur *Demokratischen Partei Saimnieks* (DPS). Die Partei vertrat linkspopulistische, gleichwohl nicht linksextremistische Positionen und versprach u. a. die Beseitigung von Korruption und organisiertem Verbrechen innerhalb weniger Monate.⁵⁶ Im fragmentierten Parlament von 1995 war sie die stärkste politische Kraft. Čevērs erhielt als zweiter Kandidat den Auftrag zur Regierungs-

bildung, scheiterte jedoch an der konservativen Mehrheit.⁵⁷ Die DPS verschwand nach den Parlamentswahlen 1998 in der Bedeutungslosigkeit und hat sich mittlerweile aufgelöst.

4 Nichtparteilicher Extremismus

Die ethnischen Verhältnisse Lettlands spiegeln sich in den nichtparteilich organisierten extremistischen Kräften wider. Radikal nationalistische Letten stehen nationalistischen Vertretern der russischsprachigen Minderheit gegenüber. Beide Lager zeichnet eine enge Verbindung zu den jeweiligen politischen Parteien aus, da Doppelmitgliedschaften gängig sind. Sie verfügen über gemeinsame Publikationsnetze. Dennoch agieren die militanten Gruppen unabhängig. Ein Großteil der extremistischen Aktivitäten geht von ihnen aus. Entgegen der ethnischen Trennung gibt es auch verbindende Elemente von lettischen und russischen Nationalisten. Beide präsentieren sich antisemitisch, in Teilen homophob und bedienen sich einer rassistischen Propaganda. Ihre Mitglieder sind zumeist jung, wenig gebildet und entstammen der sozialen Unterschicht. Sie stehen in Kontakt mit extremistischen Organisationen im Ausland. Zentrale Unterschiede herrschen in der ideologischen Verwurzelung, im jeweils nationalen Geschichtsbild und in der programmatischen Ausrichtung der militanten Gruppierungen.⁵⁸

Die bekannteste lettisch-nationale extremistische Organisation ist die 1995 gegründete Bewegung *Donnerkreuz* (*Perkonkrusts*) – benannt nach der nationalistischen Partei der 1930er Jahre. Initiatoren der Gruppierung waren die ehemaligen Aizargs-Mitglieder *Valdis Raups*, *Aivars Viksnis* und *Vilis Linis* sowie der Kampfsport-Experte *Juris Rečs*. Im Kern besteht die Gruppe aus zwölf aktiven Mitgliedern, die mit anderen rassistisch-extremistischen Organisationen kooperieren. *Donnerkreuz* vertritt einen ethnisch-rassistischen Nationalismus, dessen Ziel ein „lettisches Lettland“ ist, in dem sämtliche Staatsgewalt den Letten obliegt. Die Gruppe fordert eine Erneuerung der rassischen Reinheit der lettischen Bevölkerung, propagiert Antisemitismus und ging mehrfach gewaltsam gegen lettische Juden vor. Wirtschaftspolitisch lehnt sie Liberalismus und Kapitalismus ab, sie befürwortet eine strikte wirtschafts- und finanzpolitische staatliche Regulierung. Die Gruppe versteht sich als „lettische Kampfeinheit“, die einen „heiligen Befreiungskampf“ führt.⁵⁹ Diesen Ansichten verlieh die gewaltbereite Bewegung mit militanten Aktionen Nachdruck: *Donnerkreuz* verübte Anschläge auf Gaspipelines, plante den lettischen Telefonmonopolisten Lattelekom zu sabotieren und versuchte mehrfach das Denkmal des Sieges über den Faschismus zu sprengen. Strafrechtlich wurde die Gruppe erst nach dem Tod zweier Aktivisten bei einem Anschlagversuch im Juni 1997 verfolgt. Im Mai 2000 verurteilte das Gericht acht Mitglieder zu geringen Gefängnis- und Bewährungsstrafen. Am 28. Dezember 2000 erhielt *Juris Rečs* die „Höchststrafe“ von drei Jahren. Dies waren die ersten Verurteilungen von Anstiftungen zum Rassenhass seit

51 Vgl. Wahlprogramm der LSP zur 6. Saeima, abrufbar unter: <http://web.cvk.lv/pub/public/27759.html> [Stand: 1. Juli 2009].

52 1998 auf der Liste der TSP. Vgl. Tabelle 1.

53 Vgl. Wahlprogramm der PCTVL zur 8. Saeima, abrufbar unter: <http://web.cvk.lv/pub/public/27454.html> [Stand: 1. Juli 2009].

54 Vgl. Wahlprogramm der PCTVL zur 9. Saeima, abrufbar unter: <http://www.cvk.lv/cgi-bin/wdbcgw/base/saeima9.cvkand9.sak> [Stand: 1. Juli 2009].

55 Der Gründer der – angeblich – gegen das organisierte Verbrechen kämpfenden Stiftung *Sicherheit* (*Drošība*) gehört zu den umstrittensten politischen Persönlichkeiten in Lettland. Vgl. Axel Reetz: Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten. Vom Beginn des Mehrparteiensystems 1988 bis zu den dritten Wahlen, Wittenbach 2004, S. 108.

56 Vgl. ebd., S. 86.

57 Vgl. Manfred Kerner/Mārcis Gobis: Politische Parteien in Lettland. Persönlichkeiten, Programme, Perspektiven, in: *Osteuropa* 47(1997)2, S. 139–149, hier S. 142.

58 Vgl. Nils Muiznieks (FN 25), S. 102.

59 Vgl. Nils Muiznieks: Extremism in Latvia, abrufbar unter: <http://www.politika.lv/tcmas/cilvektiesibas/5373> [Stand: 30. Juni 2009].

der erneuerten Unabhängigkeit 1991. Angebliche Verfahrensfehler führten 2001 zu einer Reduzierung der Strafen.⁶⁰

Eine der wichtigsten Personen des unorganisierten Extremismus in Lettland ist *Aivars Garda*⁶¹, Anführer der *Lettischen Nationalen Front* (*Latvijas Kultūras akadēmija* – LNF). Die LNF ist eine Vereinigung, die den am 18. November 1918 ausgerufenen lettischen Staat wiederherstellen will. Dies sei 1991 nicht geschehen.⁶² Damals sei es der Elite der *Kommunistischen Partei* gelungen, die Macht zu behalten und anschließend das Land wirtschaftlich zugrunde zu richten. Es wird gefordert, dass die UNO die Annexion Lettlands im Jahre 1940 offiziell anerkennt. Erst ein rechtmäßig gewähltes Parlament könne Bestimmungen zur Staatsbürgerschaft machen.⁶³ Die Organisation richtet sich gegen die russischen Einwanderer, fordert eine Dekolonisierung und tritt stark homophob auf. Die LNF beteiligt sich aktiv am jährlichen Aufmarsch zu Ehren der lettischen SS-Legionäre.

Während die neonationalistischen Letten überwiegend endogene Züge aufweisen, sind die ultranationalistischen Russen organisatorisch wie inhaltlich eng mit gleichgesinnten militanten Gruppierungen in Russland verbunden. Die größte russische Vereinigung des nichtparteilichen Extremismus ist die *Russisch Nationale Einheit* (*Russkoe natsional'noe edinstvo* – RNE), die seit 1998 in Lettland aktiv ist, sich in ihrer Programmatik jedoch stark auf Russland bezieht. Sie sympathisiert mit den sowjetischen Soldaten des Zweiten Weltkrieges, organisiert Konzerte und Gedenkfeiern für die Veteranen. Militarismus ist das bestimmende Merkmal der Organisation. Als Basis dient der RNE Liepāja, ein ehemaliger sowjetischer Militärstützpunkt, auf dem altgediente sowjetische Offiziere junge Mitglieder militärisch ausbilden. Hinzu kommen regelmäßige Lehrgänge.⁶⁴ Ihre programmatischen Vorgaben erhält die RNE größtenteils aus Russland. Die Gruppe hatte regelmäßig Probleme mit den Strafverfolgungsbehörden und versuchte, ihre Aktivitäten zu legalisieren.⁶⁵ 1999 und 2001 wurde ihr die Registrierung als soziale Organisation *Kolovrat* verweigert. Seit Mai 2002 agiert sie unter dem Schutz der *Nationalen Demokratischen Partei* (*Latvijas nacionāldemokrātiskā partija* – LNDP). Die genaue Zahl der Aktivisten der RNE ist unbekannt – nach eigenen Angaben waren es um die Jahrtausendwende rund 200 Anhänger.⁶⁶ Realistisch ist heute eine Zahl deutlich unter 100 Mitgliedern.

Eine zweite Gruppierung des russischen Nationalismus ist die *Nationale Bolschewistische Partei* (NBP), die eng mit der gleichnamigen Partei in Russland verwoben ist. Die

Gruppe bezeichnet sich selbst als revolutionäre russisch-nationalistische Partei, die für eine Aufwertung der russischen Sprache eintritt. Ihre Programmatik ist antikapitalistisch und anti-europäisch. Die Mitgliedschaft in der NATO wird abgelehnt, eine engere Freundschaft mit Russland hingegen befürwortet.⁶⁷ Provokation ist die oberste Maxime der NBP. Mit Slogans wie „Arbeit oder Tod“ und „Die NATO ist schlimmer als AIDS“ versucht die Organisation, Aufmerksamkeit zu gewinnen. Neue Mitglieder wirbt die Gruppe mit den heilsversprechenden Aussagen: „Wir garantieren ihnen ein interessantes Leben und einen schönen Tod.“⁶⁸ Die NBP publiziert seit 2000 eine eigene Zeitung mit überwiegend antisemitischen Inhalten und verlinkt auf ihrer Internetseite zahlreiche internationale extremistische Bewegungen. Verbindungen mit anderen militanten Gruppen des russischen Nationalismus in Lettland hat die NBP nicht. Gelegentliche gemeinsame Aktionen mit der RNE wurden von offenen Anfeindungen in den Zeitungen der Organisationen überschattet. Die NBP in Lettland zählt nur 50 bis 60 aktive Mitglieder.⁶⁹ Strafrechtlich ist die Gruppe mehrfach verurteilt worden, bekam aber nur milde Strafen. Die NBP ist heute in Lettland sporadisch aktiv und bemüht sich um die Rekrutierung jüngerer Anhänger.

5 Ergebnis

Die ethnische Zusammensetzung der lettischen Bevölkerung und der damit einhergehende Konflikt zwischen lettischen und russisch-nationalen Kräften prägen den politischen Extremismus in Lettland. In keiner baltischen Republik ist der Anteil der Minderheit so groß wie in Lettland. Extremistische Organisationen bedienen sich des ethnischen Cleavages. Eine klassische Unterscheidung zwischen Rechts- und Linksextremismus ist daher kaum möglich. Die Ideologie der Extremisten ist einerseits von den Erfahrungen der lettischen Republik, andererseits durch die 50 Jahre währende sowjetische Okkupation geprägt. Die lettisch-nationalen Kräfte betrachten die Zeit unter *Kārlis Ulmanis* als bedeutende Epoche des Landes und erklären die lettischen SS-Legionäre als Kämpfer gegen den Kommunismus. Die Zeit unter sowjetischer Besatzung gilt hingegen als Genozid am eigenen Volk. Die Vertreter der russischsprachigen Minderheit sehen dagegen die Zeit unter sowjetischer Herrschaft als blühende Epoche Lettlands. Charakteristisch für beide Seiten ist eine einseitige Betrachtung der Vergangenheit.

Grundsätzlich begünstigt – trotz aller Spannungen – weder die lettische noch die russische politische Kultur das Auftreten von politischem Extremismus. Radikale Nationalisten haben keine Etablierungschancen in der Mehrheitsbevölkerung, welche sich vorwiegend nach Normalität sehnt und instinktiv jeglichen politischen Radikalismus ablehnt.⁷⁰ Paradoxerweise

60 Vgl. ebd.

61 In den Jahren 2001 und 2002 sicherte sich *Garda* durch antirussische und homophobe Aufsätze die Unterstützung einiger Politiker. Seine Hauptforderung war die sofortige Befreiung Lettlands von 700.000 Immigranten. Im Juni 2001 veröffentlichte *Garda* ein Buch mit 75 Aufsätzen zur Dekolonisierung Lettlands und zur Bekämpfung der Homosexualität. Vgl. Nils Muiznieks (FN 25), S. 109.

62 Lettland hat 1940 die Aufnahme in die Sowjetunion beantragt. Dem wurde in Moskau stattgegeben. Selbstverständlich war dieser Beschluss durch ein Parlament gefasst worden, welches aus unfreien Wahlen hervorging. Am 4. Mai 1990 beschloss der Oberste Sowjet Lettlands den nach der Verfassung der Sowjetunion möglichen Austritt aus der Sowjetunion.

63 Vgl. *Latvijas Nacionālās frontes deklarācija 1998/2002*, abrufbar unter: <http://www.dddlnf.com/content/view/28/27/> [Stand: 11. Dezember 2008].

64 Vgl. *Kommersant* vom 17. Februar 1999.

65 Die Mitglieder der RNE erhielten die bis dahin längsten Haftstrafen (sechs Jahre und zehn Monate). Vgl. Nils Muiznieks (FN 25), S. 112.

66 Vgl. *Biznes i Baltiia* vom 16. Februar 1999.

67 Vgl. Programm der NBP, in: General'naia Linija 9/11.

68 Ihre Mitglieder tragen Armbinden, auf denen Hammer und Sichel abgebildet sind, und präsentieren auf Demonstrationen Bilder von Stalin und anderen führenden Funktionären der KPdSU. Vgl. *Tribunal* vom 2. Mai 2000.

69 Vgl. Nils Muiznieks (FN 60).

70 Vgl. Anna Wolff-Poweska: Politische Kultur in den postkommunistischen Gesellschaften, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): *Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Strategien für Europa*, Gütersloh 1995, S. 35–54, hier S. 40.

zeigt sich der Extremismus am ehesten im Geschichtsbild und im Vergangenheitsdiskurs der antidemokratischen Parteien, die sich in diesem Punkt kaum von den demokratischen Akteuren unterscheiden. Gerade weil der Mainstream innerhalb der lettischen Gesellschaft stark national bzw. nationalistisch geprägt ist, hemmt dies die Etablierung radikal-antidemokratischer Parteien. Nationalismus ist kein Alleinstellungsmerkmal rechtsextremer Parteien. Für die lettische Gesellschaft bedeutet dies mehr ein Abgrenzen von den historischen Erfahrungen mit dem Sowjetkommunismus und weniger das Bedürfnis nach einem nationalistisch-autoritären System. Zwar leben Letten und Minderheiten partiell in Parallelgesellschaften, stehen allerdings nicht in offener Feindschaft zueinander. Harter Extremismus, der sich in gewaltbereiten antidemokratischen Akteuren äußert, existiert in Lettland nur marginal. Klare Anti-System-Parteien sind ohne politische Relevanz und weisen wenig Beständigkeit auf. Kurzfristige Erfolge erlangten sie nur unmittelbar vor den ersten freien Wahlen. Eine dauerhafte Verankerung im lettischen Parteiensystem blieb allen extremistischen Vereinigungen verwehrt.

Die Parlamentswahlen 2006 deuteten erstmals auf eine Konsolidierung der instabilen lettischen Parteienlandschaft hin. Die Hinwendung der russischsprechenden Wählerschicht zu eher gemäßigten Parteien ist ebenso bezeichnend für die fortschreitende Integration der ethnischen Bevölkerungsgruppen, wie die erneute Regierungsbeteiligung der rechten TB/LNNK und ihre Mäßigung unterstreicht. Die Gründung einer neuen extremistischen Kraft zeichnet sich am rechten wie am linken Rand nicht ab. Ein Risiko für Lettland liegt jedoch in der niedrigen Wahlbeteiligung, die auf eine Ermüdung zentraler Wählergruppen in Folge politischer Skandale und Korruptionsaffären zurückzuführen ist.⁷¹ Ziel der aktuellen lettischen Mitte-Rechts-Regierung muss es sein, dieser Entwicklung entgegenzuwirken und einer Hinwendung der Wählerschicht zu extremistischen Alternativen vorzubeugen. Eine entscheidende Rolle werden hierbei die Entwicklungen und Folgen der internationalen Finanzkrise (von der das gesamte Baltikum stark betroffen ist) sowie klare Regelungen in der Staatsbürgerschaftsfrage spielen.

Extremismus in Litauen

Michail Logvinov

1 Rahmenbedingungen

Kein anderes Merkmal prägt das postsozialistische Geschichtsbild Litauens mehr als die kategorische Ablehnung des von der *Kommunistischen Partei der Sowjetunion* (KPdSU) oktroyierten Regimes. Es lassen sich aufgrund der Haltung zum Kommunismus als *differentia specifica* vier geschichtspolitische Regionen im östlichen Europa unterscheiden, für die verschiedene Abstufungen des Verhältnisses zur kommunistischen Vergangenheit charakteristisch sind. Während in Ungarn, Polen und Tschechien gesellschaftliche wie politische Deutungskontroversen ausgetragen werden, in Bulgarien, Rumänien, Albanien und Mazedonien Ambivalenz bzw. Apathie hinsichtlich dieser Themen herrschen, werden im postsowjetischen Raum zumeist sowjetische Kulturnormen durch nationale und regionale Attribute überlagert. Die drei baltischen Länder stellen in diesem Kontext einen deutlich unterscheidbaren baltisch-nordeuropäischen Sonderfall¹ eines antitotalitären Konsens dar, der als Gründungsmythos der nationalstaatlichen Unabhängigkeit Litauens fungiert.

Vor diesem Hintergrund kann die symbolische Wiederinkraftsetzung der letzten litauischen Verfassung der Zwischenkriegszeit bei der Unabhängigkeitserklärung am 11. März 1990 nicht nur als Betonung der staatlichen und verfassungsrechtlichen Kontinuität verstanden werden, sondern vor allem als unmissverständliches Signal an Moskau und als Hinweis auf die sowjetische Fremdherrschaft als völkerrechtswidrige Okkupation.² Die Präambel sowie Art. 1–3 der 1992 verabschiedeten Verfassung des unabhängigen Litauen bestätigen diese Lesart.³

Die Verfassung Litauens weist Elemente der streitbaren Demokratie auf, wobei die freiheitlich-demokratischen Grundlagen der Staatsordnung als unantastbare Verfassungs- sowie Souveränitätsprinzipien gelten.⁴ Die traumatischen Erfahrungen Litauens im 20. Jahr-

1 Siehe dazu Stefan Troebst: Jalta versus Stalingrad, GULag versus Holocaust, in: Berliner Journal für Soziologie 15(2005)3, S. 381–400.

2 Vgl. Joachim Tauber: Das politische System Litauens, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Auflage, Opladen 2004, S. 153–188, hier S. 156. Im Gesetz „Über die Wiederinkraftsetzung der Verfassung Litauens vom 12. Mai 1938“ vom 11. März 1990 beschloss der Oberste Rat die Verfassung vom 12. Mai 1938 auf dem gesamten Territorium wiederherzustellen unter Ausschluss der Artikel, welche den Status des Präsidenten, der Republik, den Seimas, den Staatsrat und die Staatskontrolle betreffen. Punkt 4 des Gesetzes enthielt allerdings eine Klausel, nach der die Wiederinkraftsetzung der Verfassung vom 12. Mai 1938 keine Wiederherstellung der Gesetze bedeute, die in der Litauischen Republik vor dem 15. Juni 1940 galten. Der eigentliche Zweck der Aktion bestand darin, die Geltung des Grundgesetzes der Litauischen SSR vom 20. April 1978 zu beenden.

3 Vgl. Verfassung der Republik Litauen, abrufbar unter: <http://www.verfassungen.eu/lt/index.htm> [Stand: 13. Februar 2009].

4 „Niemand darf die Souveränität des Volkes einengen oder beschränken oder sich dem gesamten Volk gehörender souveräner Rechte bemächtigen. Das Volk sowie jeder Bürger sind berechtigt, sich jedem zu widersetzen,